

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

Warum stellt das Office de tourisme nur Karten für Tourist·inn·en aus und lässt Geflüchtete im Schnee stehen?

FRANKREICH/MIGRATION

Solidarität in den Alpen

Seit dem letzten Artikel in Archipel¹ über die prekäre Situation von Migrant·inn·en in den italienisch-französischen Alpen sind über zwölf Monate vergangen. Deshalb ist es an der Zeit, erneut über deren Lage zu berichten.

In den letzten Jahren sind hier Tausende von Menschen aus Kriegs- und Krisenländern wie Afghanistan, Syrien, Irak oder afrikanischen Ländern durchgegangen. Während einer Beruhigung der Lage im Dezember 2022, die wahrscheinlich auf starke Schneefälle zurückzuführen war, kamen immer noch zwischen fünf und zwanzig Menschen pro Nacht auf der französischen Seite an.

Eine Brise frischer Luft

Nach vielen Wirrnissen im Frühjahr vergangenen Jahres konnten «Les terrasses solidaires» schlussendlich ein grosses Gebäude, ein leerstehendes Sanatorium, in den Höhenlagen der französischen Grenzstadt Briançon kaufen. Der Verein ist ein Zusammenschluss von verschiedenen Initiativen, die bisher eine Notunterkunft für die ankommenden Migrant·inn·en gegenüber dem Bahnhof betrieben hatten. Das Haus für dieses «Refuge» gehörte

jedoch der Stadt und es wurde geschlossen, nachdem ein fremdenfeindlicher Bürgermeister von einer rechtskonservativen Partei gewählt worden war.

Das neue Gebäude ist zum Glück viel grösser als die alte Unterkunft und hat die Qualität des Empfangs erheblich verbessert. Die Aufnahmekapazität liegt bei 61 Personen, die zwar öfters überschritten wird, aber die Ankömmlinge müssen nicht mehr in den Gängen schlafen, sondern kommen in anständigen Zimmern unter. Ein grosser Saal ermöglicht es den freiwilligen Helfer·inne·n, den ganzen Tag über verschiedene Aktivitäten zu organisieren. Es gibt ein paar bezahlte Kräfte, aber ohne die Freiwilligen wäre das Projekt auf Dauer nicht haltbar. Auch die sogenannten «Maraudeurs», die freiwilligen Bergretter·innen, konnten sich mit ihrem Material in den Räumen einrichten und eine Gruppe von Freiwilligen fand Platz, um eine Orientie-

rungs- und Rechtsberatung durchführen zu können. Ausserdem steht ein Raum für medizinische Beratungen zur Verfügung, die von «Médecins du Monde» und der «PASS» (Permanence d'accès aux Soins de Santé) durchgeführt werden. Psycholog·inn·en sind auch daran beteiligt, da viele Migrant·inn·en unter traumatischen Erfahrungen leiden. Wenn diese Betreuung nicht ausreicht, werden die Ankömmlinge weiterhin bedingungslos im Spital von Briançon behandelt – es ist die einzige öffentliche Einrichtung in der Region, die sich um die Einhaltung der Gesetze und Menschenrechte bemüht.

Die Gesamtsituation ist nach wie vor sehr schwierig, aber der Erwerb dieses Ortes wirkt wie eine grosse Brise frischer Luft – zumindest was die Aufnahme der Exilierten betrifft, sobald sie in Frankreich eingetroffen sind. Die Notunterkunft ist weiterhin auf die Grosszügigkeit privater Spender·innen angewiesen, da der Staat keinerlei Hilfe leistet. Dieser beharrt vielmehr auf der Demütigung und Abschiebung der Schutzsuchenden.

Nach und nach ist es den freiwilligen Bergretter·inne·n gelungen, eine Organisationsstruktur aufzubauen. Ein Auto konnte angeschafft werden, und nach jedem Schneefall werden Teams gebildet, die mit grosser Effizienz die Wege für die Migrant·inn·en abstecken. Damit wird das Risiko bei der Überwindung der Bergpässe verringert, die im schlimmsten Fall bis zu zehn Stunden dauern kann. Im Rahmen der Partnerschaft zwischen «Médecins du Monde» und der Initiative «Tous Migrant·es», welche die Berg-

rettungen organisiert, ist auch regelmässig ein/e Arzt/Ärztin oder ein/e Krankenpfleger/in mit dabei. Die fast tägliche Anwesenheit der «Maraudeurs» in den Alpen schränkt die brutalen Verhaltensweisen der Polizei ein – wie zum Beispiel die Organisierung von Hinterhalten und Menschenjagden. Unbegleitete Minderjährige werden nun meistens der Kinderfürsorge anvertraut, wenn sie in Begleitung von Helfer:innen festgenommen werden, während sie früher systematisch abgeschoben wurden.

Die Gefahr erzeugt der Staat

Dennoch erhalten wir immer noch erschütternde Berichte über das Verhalten der französischen Grenzpolizei (PAF) auf dem Pass von Montgenèvre in deren Räumlichkeiten, die vor äusseren Blicken abgeschottet sind. Schutzsuchende wurden von Polizisten beraubt², und oft werden sie vor ihrer Rückschiebung nach Italien die ganze Nacht in einem unbeheizten Container neben dem Zollgebäude eingesperrt. Dies geschieht bei Temperaturen, die manchmal bis auf minus 20°C fallen.

Eine Frau, die es geschafft hatte, nach Frankreich zu gelangen, nachdem sie zuerst einmal festgenommen und nach Italien zurückgeschickt worden war, sagte aus, dass sie während ihrer Nacht bei der PAF nur bei weit geöffneter Toilettentür unter den spöttischen Blicken zweier Polizisten urinieren durfte. Und im letzten Dezember kam es zu einem fast tödlichen Vorfall: Nach einem Hinterhalt der Polizei und anschliessender Menschenjagd stürzte ein Mann in eine Schlucht, fiel auf den Kopf und blieb stundenlang bewusstlos liegen, bevor er in das Krankenhaus von Briançon gebracht wurde und sich dort erholen konnte.

Die asphaltierte Strasse zwischen Clavière, dem letzten italienischen Dorf vor der Grenze, und dem Ort Montgenèvre auf dem gleichnamigen französischen Pass ist eigentlich nicht gefährlich. Die Geflüchteten werden vielmehr vom Staat in Gefahr gebracht, der seine Grenzen geschlossen hält – ein Beschluss, der vom französischen Staatsrat noch im Juli 2022³ bekräftigt wurde. Dadurch werden die Migrant:innen in unwegsames Gelände abgedrängt, wo sie neben allen Mühen und Hindernissen – und teilweise zum ersten Mal in

ihrem Leben – mit Schnee konfrontiert sind. Die illegalen Praktiken der Grenzpolizei wie Hinterhalte und Menschenjagden bringen die Exilierten dann noch mehr in Lebensgefahr.

Darüber hinaus fehlt es den Geflüchteten an Ausrüstung, einerseits an Bergausrüstung (Skimäntel und -hosen, Handschuhe und Mützen, Rucksäcke und Thermoskannen, Schneeschuhe und Gamaschen), oder auch an Telefonen, um sich zurechtfinden und um Hilfe rufen zu können, und andererseits fehlt es ihnen an städtischer Kleidung, um ihren Weg in Frankreich und womöglich darüber hinaus fortsetzen zu können.

Nach den Erzählungen der in Frankreich ankommenden Migrant:innen werden sie auf der italienischen Seite vor dem Aufstieg durch die Berge in einer Notunterkunft in Oulx sowie in einem besetzten Haus in Cesana untergebracht, das im Juli letzten Jahres von No-Border-Aktivist:innen eröffnet wurde.

Eine erfolgreiche Aktion

Um mit einer positiven Note abzuschliessen, möchte ich gerne von der grossen «Maraude» berichten, die auf dem «Col de Montgenèvre» am Samstagabend des 12. März 2022 stattgefunden hat. «Tous Migrant-es» hatte dazu aufgerufen, unterstützt von verschiedenen solidarischen Kollektiven der Region. Der Begriff «Maraude» bezeichnet die gemeinsame Aktion von Freiwilligen, um Migrant:innen in Bergnot zu retten, sie vor der Abschiebung zu schützen und an einen sicheren Ort zu bringen.

An diesem Abend versammeln sich nicht weniger als 300 Menschen vor den Gebäuden der Grenzpolizei, um auf die alarmierende Situation für die Geflüchteten an der Grenze aufmerksam zu machen. Während der Reden bemerken plötzlich Teilnehmer:innen der Zusammenkunft, dass etwa 200 Meter unterhalb des Zollgebäudes in Richtung Italien eine Festnahme im Gange ist. Spontan sammelt sich eine Gruppe, die das Polizeifahrzeug aufsucht, in dem die schutzsuchenden Menschen bereits eingesperrt sind. Die Gruppe und alle anderen beschliessen aus dem Stand heraus, die x-te Festnahme nicht vor ihren Augen geschehen zu lassen. An diesem Abend sind wir viele, und das Kräfteverhältnis ist zu unseren Gunsten. Ohne Gewalt gelingt es den erfahrensten Aktivist:innen,

die Festgenommenen aus dem Polizeifahrzeug zu holen. Danach bildet sich ein Ring von allen Teilnehmenden um die Geflüchteten, um Übergriffe der Polizei zu verhindern. Nachdem die Ankömmlinge im Fahrzeug von «Médecins du Monde» aufgenommen wurden, bildet sich eine Kolonne von etwa zwanzig Autos, die sich in Richtung Briançon in Bewegung setzt. Am Ortsausgang von Montgenèvre stoppt die Gendarmerie den Konvoi mit der deklarierten Absicht, alle Autos kontrollieren zu wollen. Die Entscheidung der Karawane fällt ohne Zögern: Die Kontrolle wird kollektiv verweigert. Obwohl die Ordnungshüter:innen unter verschiedenen fadenscheinigen Gründen mit Geldbussen drohen, hält die Kolonne durch. Nach dem Eintreffen eines Offiziers der Gendarmerie und kurzen Verhandlungen kann der Demonstrationszug dann doch ohne Kontrollen nach Briançon fahren.

Danach geht der Abend weiter und es bilden sich kleine Gruppen von «Maraudeurs», um die Pisten der Skistation von Montgenèvre zu erkunden, deren Atmosphäre sich wie jede Nacht in einem seltsamen Wechselspiel zwischen Luxustourismus und schreiender humanitärer Katastrophe bewegt. Wieder trifft eine Schar von «Maraudeurs» auf eine Gruppe von Migrant:innen, die gerade auf der französischen Seite angekommen ist. Die erschöpften Menschen werden über die Situation vor Ort informiert und sie bitten darum, in Briançon abgesetzt zu werden. Auch hier können die Geflüchteten in ein Fahrzeug von «Médecins du Monde» einsteigen, das von einer Menschenmenge bis zum Ortsausgang von Montgenèvre zu Fuss begleitet wird. Dieses Mal bildet sich ein Korso von etwa fünfzig Autos, die das Fahrzeug von «Médecins du Monde» mit seinen Passagier:innen bis zu den «Terrasses solidaires» in Briançon begleiten wollen. Erneute Blockade durch die Gendarmerie, erneute kollektive Verweigerung der Kontrolle. Einige Teilnehmer:innen hören, wie die Gendarmen unter sich den Wunsch äussern, «diese Scheiss-Linken zu verprügeln». Aber auch dieses Mal kann die Kolonne bei der Ankunft der Gendarmerie-Offiziers ohne Kontrolle weiterfahren. Ein schöner Erfolg!

Dieser Abend hat all denjenigen neue Energie gegeben, die hier regelmässig ihre Zeit opfern und die Berge durchqueren, um den Menschen zu helfen, die in der Hoffnung kommen, hier eine schönere Welt zu finden als diejenige, die sie verlassen mussten. Natürlich weiss jede:r, dass es unmöglich ist, jeden Abend 300 Menschen an der Grenze zu versammeln, um das kleine Kunststück zu vollbringen, der Polizei die Stirn zu bieten. Aber es war eine gute Gelegenheit, alle daran zu erinnern, dass die Grenze nur eine unsichtbare Linie ist und dass es jederzeit möglich ist, sie zu verwischen, und sei es auch nur für einen Augenblick.

Guillaume Tellier

1. www.archiv.forumcivique.org/fr/artikel/migration-frankreich-ueber-berge-und-grenzen/
2. www.basta.media/police-racket-violence-sur-mineur-detournement-de-fonds-publics-refugies-proces-PAF-Montgenivre
3. www.infomigrants.net/fr/post/42240/le-conseil-detat-valide-le-retablissement-des-controles-aux-frontieres-interieures-francaises



«Solidarische Seilschaft», organisiert von Tous Migrant-es auf dem Col de l'Echelle (Briançon, Frankreich)

Nicht vergessen und Druck aufbauen!

Mani¹ ist in der iranischen Diaspora in Zürich aufgewachsen. Aus Angst vor Konsequenzen hat sie sich bisher allerdings nicht zu den Protesten geäussert. In ihrem offenen Brief² teilt sie uns ihre Überlegungen über die iranische Revolution mit und darüber, was wir tun können, um diese zu unterstützen.

Jina Amini wurde am 16. September 2022 ermordet. Sie war eine junge Frau aus der westiranischen Stadt Saqqez, gerade zu Besuch in Teheran, als sie von der Sittenpolizei darauf hingewiesen wurde, dass sie ihr Kopftuch nicht angemessen tragen würde. Aus diesem Grund wurde sie auf die Polizeistation mitgenommen, wo sie kurze Zeit später zusammenbrach und plötzlich verstarb. Offiziell heisst es, dass sie unter Vorerkrankungen litt, die zum Tod geführt hätten. Sehr viel wahrscheinlicher ist jedoch, dass sie mittels Schlägen auf den Kopf in Polizeigewahrsam umgebracht wurde. Dieser Vorfall war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und eine Protestwelle auslöste, wie sie die islamische Republik seit ihrer Gründung nicht gesehen hat.

Ich habe lange zur Situation im Iran geschwiegen. Um genau zu sein, mein ganzes Leben lang. Ich hatte Angst, dass ich nicht mehr einreisen könnte. Noch mehr Angst hatte ich aber davor, nicht mehr ausreisen zu können. Wenn man wie ich in der iranischen Diaspora aufwächst, dann wächst man mit Geschichten von Doppelbürger-inne-n auf, die im Gefängnis gelandet sind, weil sie sich trauten, über Missstände im Iran zu schreiben. Damit bringt man nicht nur sich selbst in Gefahr, sondern auch die eigene Familie, die dort lebt. Diese könnte jederzeit verhört und dazu gezwungen werden, sich von «Vaterlandsverrätern» zu distanzieren. Aus diesem Grund vermied ich es bisher, mich öffentlich zur Regierung und der politischen Situation im Iran zu äussern. Angesichts der aktuellen Gewaltexzesse kann ich aber nicht länger schweigen. Ich möchte nicht länger in meiner Ohnmacht gefangen sein und zusehen, ohne aktiv zu werden, weil ich mich ständig um meine Familie sorgen muss.

Es geht um mehr als das Kopftuch

Die erste Frage, die mir Personen hier in der Schweiz jeweils stellen, wenn wir auf den Iran zu sprechen kommen, ist, ob ich ein Kopftuch tragen muss, wenn ich meine Familie besuchen gehe. Meistens bleibt das die einzige Frage. In meiner Familie tragen viele das Kopftuch freiwillig. Alle sind aber der Meinung – wie die meisten Iraner-innen –, dass Frauen nicht vorgeschrieben werden darf, wie sie sich zu kleiden haben. Die jetzigen Proteste sind deshalb selbstverständlich feministische Proteste gegen Kleidervorschriften. Die patriarchale Unterdrückung von Frauen und (gender-)queeren Menschen geht aber weit über den Kopftuchzwang hinaus und

betrifft alle Lebensbereiche. Beispielsweise zählt die Stimme einer Frau vor Gericht nur halb so viel wie die eines Mannes.

Die Proteste richten sich aber auch gegen die jahrelange Unterdrückung von religiösen und ethnischen Minderheiten, die Verfolgung von politischen Aktivist-inn-en, gegen ihre Folter und Tötung. Auch die Misswirtschaft und Abschottung sowie unwürdige Arbeitsbedingungen tragen dazu bei, dass die jetzigen Demonstrationen seit über drei Monaten nicht abreißen.

Bestimmt habe ich es mir auch bis zu einem gewissen Grad einfach gemacht, indem ich bisher nicht über die Situation im Iran geschrieben und mich auch auf Social Media nicht dazu positioniert habe. Obwohl ich selbstverständlich eine klare Position vertrete. Ich habe mich bis anhin auch deshalb nicht positioniert, weil es nicht einfach ist, an vertrauenswürdige Informationen heranzukommen. Die iranische Regierung sorgt dafür, dass in kritischen Momenten der Internetzugang eingeschränkt oder komplett eingestellt wird. Besonders in den Regionen, die von Minderheiten bewohnt werden, wie etwa Kurdistan, Belutschistan oder Khuzestan werden so die schlimmsten Gräueltaten verschleiert. Auch Jina Amini stammte aus Kurdistan.

Durch diesen Mangel an Information erfahren wir in der Schweiz auch erst im Nachhinein davon, wenn an Demonstrationen im Iran geschossen wurde oder gar ganze Gebiete bombardiert wurden. Neben dem Gebrauch von Munition werden Vergewaltigungen als Abschreckungstaktik eingesetzt und bevorzugt gegen Frauen und Kinder eingesetzt. Bisher weiss man von über 400 Toten, davon über 50 Kinder und Jugendliche. Weitaus mehr wurden verletzt. Jedes Mal, wenn ich denke, dass die Gewalt ein Ausmass erreicht hat, dass nicht mehr zu überbieten ist, erreichen mich neue, noch schockierendere Nachrichten.

Protestaktionen und Streiks

Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, dass der Rückhalt, den das Regime in der Gesellschaft noch genießt, verschwindend gering ist. Der Unmut ist in allen Gesellschaftsschichten gross. Schüler-innen und Studierende protestieren und streiken genauso wie etwa Arbeiter-innen der Ölfirmen. Während es in Teheran immer wieder Momente der Ruhe gibt, kennen einige der Randregionen, die schon lange unterdrückt werden, seit drei Monaten nichts als den Ausnahmezustand. So auch

Saqqez, die Herkunftstadt von Jina Amini, in der hauptsächlich Menschen aus der Arbeiter-innenklasse leben.

Politische Aktivist-inn-en und Streikende im Iran halten uns dazu an, die Aufmerksamkeit nicht zu verlieren. Druck von aussen – von der Strasse und den sozialen Medien – kann einen Beitrag dazu leisten, das Regime im Iran zu beeinflussen. Es ist daher wichtig, dass die Menschen im Iran nicht in Vergessenheit geraten. Auch wenn die mediale Aufmerksamkeitsspanne generell sehr gering ist, selbst bei lebensbedrohenden Umständen und revolutionären Protesten.

Tausenden politischen Gefangenen wird im Moment mit Exekutionen gedroht. Es herrscht die begründete Angst, dass diese ausgeführt werden, sobald die Welt wieder wegschaut. Unter den Gefangenen, denen der Tod droht, sind auch die beiden Journalistinnen, die die Ermordung von Jina Amini publik gemacht haben.

Gegen die Ohnmacht und das Vergessen

Was können wir also als Einzelne tun, um den Menschen im Iran zu helfen? Der Zahlungsverkehr in den Iran ist extrem eingeschränkt oder gar komplett blockiert, was die finanzielle Unterstützung der Menschen vor Ort erheblich erschwert. Das ist eine Folge von jahrelangen Sanktionen. Trotzdem gibt es einige Organisationen, die nicht im Iran ansässig sind und zum Beispiel Demonstrationen organisieren, an die man Geld spenden kann: Da wären beispielsweise Freeiran.ch in der Schweiz oder Feminista.Berlin in Deutschland. Es ist ebenfalls möglich, politisch aktiven Menschen im Iran einen VPN³ zu kaufen, um ihnen einen unabhängigen Internetzugang zu ermöglichen. Eine Organisation, die ein solches VPN-Projekt unterhält, ist zum Beispiel Disco Teheran. Für Leute, die technisch versiert sind, gibt es auch die Möglichkeit, selbst Proxy-Anbieter-in zu werden, damit Menschen vor Ort verschlüsselt kommunizieren können und nicht Gefahr laufen, ins Visier der Sicherheitskräfte zu gelangen. Proxies sind Programme, die dabei helfen können, Internet-Sperren zu umgehen.

Während ich allgemeinen Sanktionen sehr kritisch gegenüberstehe, da sie meist die Zivilbevölkerung und damit die Falschen treffen, erachte ich gezielte Sanktionen als sinnvoll und zielführend. Das bedeutet, dass sich Politiker-innen in der Schweiz dafür einsetzen müssen, Konten von Menschen, die wichtige Rollen im iranischen Regime einnehmen, einzufrieren und diese Menschen ausserdem mit Einreisesperren in die Schweiz zu belagern. So kann gezielt Druck auf die Machthabenden ausgeübt werden. Und dazu braucht es Druck auf unsere Politiker-innen.

Wer kann, sollte deshalb unbedingt an Solidaritätskundgebungen und Demonstrationen in der eigenen Umgebung teilnehmen. Einerseits werden so Menschen in der Schweiz auf die Situation im Iran aufmerksam, andererseits ist es für die Menschen im Iran unglaublich wichtig zu sehen, dass sie nicht vergessen werden und ihre Revolution auch im Ausland unterstützt wird.

Wer selbst auf Social Media aktiv ist, kann Inhalte teilen, damit die Revolution nicht in Vergessenheit gerät. Ozo Ozar informiert aus Berlin sowohl auf Instagram als auch auf

TikTok über die aktuelle Situation. Ozi ist vor einigen Jahren aus Teheran nach Deutschland gekommen. Auch die Journalistin Danirla Sepehri informiert vertieft über Themen wie die Revolutionsgarde oder das Frauengefängnis in Qarchak. Das «Collective for Black Iranians» macht aufmerksam auf Streiks und Proteste sowie auf jene Menschen, denen die Todesstrafe droht, wie etwa Niloofar Hamedi und Elham Mohammadi, die als Erste über die Ermordung von Jina Amini berichtet haben. Um auch im digitalen Raum Druck aufzubauen, kann man Politiker:innen in Beiträgen taggen, um sie auf spezifische Posts aufmerksam zu machen.

Ich wünsche mir nichts sehnlicher, als dass die mutigen Menschen, die im Moment ihr Leben riskieren, um gegen ein unmenschliches Regime zu protestieren, erfolgreich sind und ich eines Tages in ein freies Land einreisen kann, um meine Familie wieder in die Arme schliessen zu können.

Mani am 4. Januar 2023

1. Name von der Redaktion geändert

2. Dieser offene Brief wurde bereits am 06.01.2023 in «Das Lamm» veröffentlicht und von der Autorin und der Lamm-Redaktion zur Publikation an den Archipel weitergegeben.

3. VPN stellt eine sichere Verbindung zum Internet her. Der gesamte Datenverkehr über das VPN wird verschlüsselt. Die IP-Adresse wird verborgen; so wird die Online-Identität der Benutzer:innen geschützt und ermöglicht die sichere Nutzung öffentlicher WLAN-Hotspots.

«Umweltschützer:innen» liessen sich seither trotz frostiger Temperaturen mitten auf dieser Strasse nieder.

Der private Verkehr aus und nach Bergkarabach brach zusammen. Seit dem 12. Dezember lassen die Ökokrieger:innen keine Medikamente und keine frischen Nahrungsmittel, kein Treibstoff und kein Baumaterial mehr durch. Da die Route über den Latschin-Korridor aber der einzige Weg ist, der Bergkarabach mit Armenien und damit mit der Aussenwelt verbindet, zeichnet sich für seine 120.000 Bürgerinnen und Bürger, darunter 30.000 Kinder, eine humanitäre Katastrophe ab.

Familien wurden plötzlich voneinander getrennt. Nach armenischen Angaben sind 1.100 Bürger:innen, darunter Dutzende Minderjährige, gestrandet und haben nicht die Möglichkeit, in ihre Heimat zurückzukehren. Von der Blockade arg getroffen sind die Kinder: Ungeheizte Kindergärten und Schulen mussten schliessen, nach Angaben des staatlichen «Artsakh Info Centers» haben beinahe 7.000 Kinder keinen Zugang mehr zur Bildung. Prekär ist auch die Lage im Gesundheitssystem, da die Einfuhr von Medikamenten nur in geringen Mengen und nur durch Vermittlung des IKRK möglich ist.

Von einer «Blockade» will der aserbaidische Präsident Ilham Alijew allerdings nichts wissen. «Völlig falsche Informationen», sagte er in einem viel beachteten Interview an lokalen Fernsehsendern am 10. Januar. Ilham Alijew führt seit 2003 eines der ruchlosesten Regimes im postsowjetischen Raum, der Andersdenkende nicht duldet. Nun spricht ausgerechnet Alijew aber begeistert vom «berechtigten Protest der aserbaidischen Zivilgesellschaft». Die jungen Menschen, die «Tag und Nacht bei Frost und Schnee protestieren, sind eine Quelle unseres Stolzes». Und Aserbaidischans starker Mann ermutigt die Armenier:innen Bergkarabachs, die nicht unter seiner Führung leben wollten, Bergkarabach von selbst zu verlassen: «Niemand wird sie daran hindern».

Menschen aushungern und frieren lassen: Ilham Alijew folgt dem von Wladimir Putin in der Ukraine vordemonstrierten Beispiel. Aserbaidischans werde immer einen Vorwand finden, um die Strasse zu schliessen und die Gaslieferungen zu Bergkarabach zu unterbrechen, schrieb vor kurzem Benyamin Poghosyan, Vorsitzender des angesehenen «Center for Political and Economic Strategic Studies» in Jerewan. Alijews strategisches Ziel sei es, die volle Kontrolle über Bergkarabach zu erzielen, selbst wenn dies mit einer Vertreibung der armenisch-stämmigen Bevölkerung und der Vernichtung ihrer tausendjährigen Kultur dort einhergehen würde. Allmählich bezeichnen auch kühle Analytiker:innen in Armenien die Drohung einer ethnischen Säuberung in Bergkarabach als «reell».

Getäuschte Hoffnungen

Völker, die einen Genozid erlebt haben, werden über Generationen hinweg von den erlebten Alpträumen verfolgt. «Die Trauer über den Genozid und die ständige Angst, nicht in Sicherheit zu leben, bekommen wir mit der Muttermilch mit», sagte mir eine Übersetzerin. Beim von den Jungtürken geplanten und 1915 verordneten Völkermord kamen weit über eine Million Armenier:innen des Osmas

BERGKARABACH

Aushungern, Belagern – Politik im 21. Jahrhundert

Aserbaidischans sperrt seit über einem Monat die Lebensader Bergkarabachs. Abertausende sind ohne Lebensmittel, ohne Heizung und Medikamente. Ilham Alijew, der seit 2003 eines der ruchlosesten Regimes im postsowjetischen Raum führt, folgt dem von Wladimir Putin in der Ukraine vordemonstrierten Beispiel.

Die armenischen Nachrichtensendungen fangen seit Wochen täglich mit den letzten Entwicklungen aus dem «belagerten Bergkarabach» an. «Aufgrund der Blockade ist die Stromversorgung beeinträchtigt, und es kommt regelmässig zu Stromausfällen», hiess es am 17. Januar in der Internet-Plattform «Civilnet». «Die Gasversorgung ist zudem erneut unterbrochen worden». Und: «Die Gefahr der Unterernährung wird immer greifbarer».

Das Leben sei schwieriger geworden, bestätigt im Telefongespräch auch die 68-jährige pensionierte Amalia Arakelyan aus Bergkarabachs Hauptstadt Stepanakert. «Die Menschen rennen durch die Stadt und suchen nach Nahrungsmitteln, suchen nach Medikamenten, nach Babymilch und Treibstoff, aber die Läden, die Apotheken, die Tankstellen sind leer. Unser Leben spielt sich wie in einem Käfig ab.»

Der politische Beobachter Tigran Grigorian ergänzt, dass die Behörden sich gezwungen sehen, immer wieder von Neuem Rationierungsregelungen für lebenswichtige Güter einzuführen. «Ein Kilo Kartoffeln ist nirgends mehr zu finden und meine Mutter, die

Diabetes hat, muss ohne die lebensnotwendigen Medikamente durchkommen», schrieb er auf Twitter. Mit jedem Tag, der vergeht, wird die Lage der Zivilbevölkerung dabei etwas schlimmer, aussichtsloser.

Blockade der Ökokrieger:innen

Es war am frühen Morgen des 12. Dezembers, als eine Gruppe angeblich zorniger aserbaidischer Demonstrant:innen unvermittelt an den unweit der historischen Stadt Schuschi (auf Armenisch/Schuscha auf Aserbaidisch) von russischen Friedenstruppen aufgestellten Barrikaden vorbeidrang und auf der Hauptstrasse des sogenannten Latschin-Korridors ihre Zelte aufstellte. Jenseits der Barrikaden beginnt das nach dem armenisch-aserbaidischen Krieg 2020 noch als Rumpfstaat übrig gebliebene, von Armenier:innen besiedelte Gebiet Bergkarabach, auf armenisch «Artsakh». Als bewusste «Umweltschützer:innen» protestierten die Demonstrant:innen gegen die «illegale Ausbeutung von Goldminen, die Bergkarabachs Umwelt verschmutzen», erklärte eine in einen teuren Pelzmantel gehüllte Lady, die sich als ihre Sprecherin ausgab. Die selbsternannten

nischen Reichs ums Leben, ihre Kultur wurde in Kleinasien ausradiert. Das Trauma des Genozids trieb Armenien in den Schoß Russlands. Nur Russland würde ihre Nation vor einer totalen physischen Vernichtung retten können, hiess es fortan. Und so orientierte sich die kleinste Republik des Südkaukasus ausschliesslich an Moskau und wurde aus Überzeugung zum treuesten Alliierten Russlands.

Im Krieg um Bergkarabach 2020 sah der Kreml aber tatenlos zu, wie Aserbaidschan und die Türkei seinem «strategischen Partner» im Südkaukasus eine vernichtende Niederlage bescherten. Die russischen Friedenstruppen, die nach dem Krieg 2020 in Bergkarabach stationiert sind, haben zudem wenig gegen den Ansturm der aserbaidshischen Ökorkrieger im Latschin-Korridor unternommen. Dabei sieht ihre Mission in erster Linie vor, den freien Verkehr durch diesen Korridor zu «kontrollieren» und zu «schützen».

Der russische Aussenminister Sergej Lawrow hat Mitte Januar von Baku «eine rasche und vollständige Freigabe des Verkehrs durch den Latschin-Korridor» gefordert. Ihm ist allerdings bewusst, dass ein härteres Durchgreifen der russischen Friedenstruppen gegen die Ökoaktivist:innen Aserbaidschans Baku ein Argument liefern würde, um den Abzug der russischen Friedenstruppen aus Bergkarabach zu fordern. Ein härteres Durchgreifen könnte zudem Spannungen in den Beziehungen zwischen Russland und der Türkei auslösen. Allmählich schwindet in Jerewan die Hoffnung, wonach Russland in der gegenwärtigen Situation entscheidende Massnahmen zur Beendigung der Blockade ergreifen kann. Armenien fühlt sich von Russland im Stich gelassen, die anti-russische Stimmung im Land hat ein bislang beispielloses Ausmass erreicht.

Am 20. Dezember hielt der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Antrag Armeniens eine Dringlichkeitssitzung zur Lage im Latschin-Korridor. Eine Reihe von Diplom:innen äusserten sich besorgt über die «potentiell schwerwiegenden humanitären Folgen» und forderten die sofortige Freigabe des Korridors. Mitte Januar haben die USA und Frankreich auf der Sondersitzung des Ständigen Rates der OSZE Aserbaidschan und Russland aufgefordert, den ungehinderten Transit unverzüglich wiederherzustellen und die Rechte der örtlichen Bevölkerung zu achten. «Die westlichen Regierungen wissen sehr wohl, dass allein Aufrufe und Erklärungen auf Twitter Aserbaidschan nicht dazu zwingen werden, die Blockade zu beenden», kommentierte Edmond Azadian in der internet-Plattform «Armenian-Mirror». Die Hoffnung, wonach der Westen seinen deklarierten Prinzipien treu, Krieg als Mittel für politische Ziele und den nackten Terror gegen die Zivilbevölkerung nirgends dulden würde und nicht nur in der Ukraine, auch diese Hoffnung schwindet. «Keine westliche Regierung wird Sanktionen gegen Aserbaidschan auch nur erwägen, um den alltäglich ausgeübten Terror in Bergkarabach zu beenden» – so Edmond Azadian.

Drehscheibe der Energiesicherheit

Ilham Alijew weiss tatsächlich, dass er gegenwärtig am längeren Hebel sitzt. Der Krieg in der Ukraine hat Aserbaidschan und seinen engsten Alliierten, die Türkei, plötzlich zu einer Drehscheibe für die europäische Energieversorgung gemacht. Selbst Moskau ist auf Baku angewiesen, exportiert neulich über Aserbaidschans Pipelines russisches Erdöl und Erdgas nach Europa. Baku und Ankara wissen ihre neue Machtstelle gut auszunüt-

zen. Verbale Proteste wegen gravierender Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, in Bergkarabach oder etwa in der Kurdenfrage, lassen sie beide kalt. Es ist bezeichnend, dass Alijew seit kurzem in aller Öffentlichkeit erklärt, nicht nur die völlige Kontrolle Bergkarabachs anzustreben, das seit 1921 eine breite Autonomie genoss, sondern auch die «Befreiung Westaserbaidschans», das Bakus Ausführungen zufolge dem Territorium der Republik Armenien gleichkommt.

Am 12. Januar, dem einmonatigen Jahrestag der Blockade, fasste der De-facto-Ministerpräsident Bergkarabachs Ruben Vardanian in einer Videokonferenz mit Jerewan die Lage in seinem Gebiet mit deutlichen Worten zusammen: «Wir haben drei Möglichkeiten: Bürgerinnen und Bürger Aserbaidschans zu werden, zu gehen oder diese Situation zu überwinden. Dies ist ein Kampf ums Leben, wir müssen alles tun, was in unserer Macht steht». Kurz danach kam es in Bergkarabach zu einem grossflächigen Internetausfall. Obwohl die Internetverbindung eine Stunde später wiederhergestellt wurde, führte der Ausfall den Zivilist:innen Bergkarabachs einmal mehr vor Augen, dass sie den Launen Alijews machtlos ausgeliefert sind. Sowohl die Internet- wie auch die Hochspannungsleitungen von Armenien nach Bergkarabach führen durch ein Gebiet, das seit dem Krieg 2020 von Aserbaidschan kontrolliert wird.

Amalia van Gent*

*Amalia van Gent ist Journalistin und Autorin. Ihre Spezialgebiete sind die Türkei und die Kaukasusstaaten. Ausserdem ist sie eine hervorragende Kennerin der Lage des kurdischen Volkes im Nahen Osten. Dieser Artikel wurde in einer ersten Fassung am 01/01/2023 in Infosperber publiziert und jetzt von der Autorin für den Archipel aktualisiert.



Bergkarabach: Der Krieg dauert. Die Waffen werden modener, doch das Leid dadurch nicht weniger.

Justizschikane gegen Pinar Selek

Internationaler Haftbefehl gegen die Schriftstellerin und Soziologin Pinar Selek – neue Anhörung am 31. März. Das Pressecommuniqué vom 16. Januar 2023:

Am 21. Juni 2022 meldete die staatliche türkische Nachrichtenagentur die Aufhebung des vierten Freispruchs für Pinar Selek, der am 19. Dezember 2014 vom Strafgericht in Istanbul erlassen worden war. Zuvor hatte Pinar Selek sich im Laufe der 25 Jahre andauernden politisch-juristischen Verfolgung – der sie weiterhin ausgesetzt ist – drei Strafverfahren unterziehen müssen, die alle ihre Unschuld feststellten.¹

Im Zusammenhang mit ihren soziologischen Forschungen über die Kurd-inn-en wurde sie am 11. Juli 1998 festgenommen, gefoltert und inhaftiert. Die türkische Regierung hatte beschlossen, sie als «Terroristin» zu kriminalisieren, indem sie versuchte, sie für einen «Anschlag» in Istanbul verantwortlich zu machen. Also war das Regime darum bemüht, die für diese Behauptung erforderlichen Beweise von Grund auf zu konstruieren, doch alles deutete darauf hin, dass es sich um keinen Anschlag handelte, sondern um eine durch einen Unfall entstandene Explosion.²

Ganze sechs Monate nach der Pressemeldung über die Aufhebung des (vierten!) Freispruchs am 21. Juni 2022 wurde die neue Entscheidung des Obersten Gerichtshofs den Anwalt-inn-en von Pinar Selek am 6. Januar 2023 durch das Istanbul Schwurgericht mitgeteilt. Die sechs Monate des unerträglichen

Wartens und der erneuten psychologischen Folter für Pinar Selek enden in einer Justizfarce. Pinar Selek wird zu lebenslänglich verurteilt und zum Gegenstand eines internationalen Haftbefehls, mit dem ihre sofortige Inhaftierung gefordert wird. Diese Entscheidung wird vom Istanbul Strafgericht getroffen, noch bevor die Richter sich in einer ersten Anhörung, die für den 31. März 2023 angesetzt wurde, geäußert haben. Solche Massnahmen sind rechtlich gesehen absurd und besonders schwerwiegend in Bezug auf ihre Tragweite und ihre Auswirkungen auf Pinar Selek. Sie werden in einem Kontext von Einschränkungen der Freiheiten und zunehmender Gewalt seitens der türkischen Machthaber gegen alle Minderheiten und politischen Gegner-innen, insbesondere gegen Kurd-inn-en, sowohl in der Türkei als auch in anderen Ländern getroffen. Die bevorstehenden Wahlen in der Türkei im Mai begünstigen alle Ablenkungsmanöver und Manipulationen.³

Die Solidaritätskollektive mit Pinar Selek wehren sich dagegen, dass die Schriftstellerin und Soziologin ein weiteres Mal zur Geisel einer ungerechten Politik gemacht wird. Sie verweigern auch, dass Pinar Selek als Kollateralopfer der Politik der Gefällig-

keit seitens der europäischen Länder gegenüber dem autoritären Regime in der Türkei erhalten soll. Sie fordern alle Parlamentarier-innen und Politiker-innen auf, die in den letzten Monaten ihre Unterstützung für Selek bekundet haben, bei der französischen Regierung energisch darauf hinzuwirken, Pinar Selek Schutz und Sicherheit, die ein Staat seinen Staatsbürger-innen schuldet, konkret zu gewährleisten. Die französische Staatsbürgerschaft von Pinar Selek reicht nicht aus, um sie zu schützen. Gestärkt durch die Unterstützung von sehr vielen Persönlichkeiten aus der Forschung, der intellektuellen Welt und Kultur, haben die Solidaritätskollektive mit Pinar Selek dem Präsidenten der Republik erneut ihrer Bitte um feste und bedingungslose Unterstützung Ausdruck verliehen und ihn aufgefordert, einen offiziellen Protest an die türkische Regierung zu richten. Schliesslich rufen sie alle Freundinnen und Freunde von Pinar Selek, Künstlerinnen und Künstler, Akademikerinnen und Akademiker sowie Aktivistinnen und Aktivisten auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln und ihre Mobilisierungen zur Unterstützung aller Opfer auszuweiten sowie zahlreiche Delegationen vorzubereiten, um am 31. März nach Istanbul zu reisen, um Wahrheit und Gerechtigkeit für Pinar Selek zu fordern!

Europäische Koordination der Solidaritätskollektive mit Pinar Selek

1. Wir publizierten bereits mehrere Artikel über und von Pinar Selek im Archipel: Nr. 257: «Pinar Selek – Kämpferin für Gerechtigkeit», Nr. 281: «Solidarität mit Pinar Selek», Nr. 287: Gespräche mit Pinar Selek

2. Nach mehr als zwei Jahren, die Pinar Selek unter Folter im Gefängnis verbrachte, kamen türkische Gutachter zu dem Schluss, dass nicht Sprengstoff, sondern eine defekte Gasflasche die Explosion auf dem Gewürzbasar ausgelöst hatte. Selek wurde aus dem Gefängnis entlassen, doch der Prozess ging weiter. Seit 2009 lebt sie im Exil; seit Oktober 2017 ist sie französische Staatsbürgerin.

3. Die nächste Präsidentschaftswahl in der Türkei soll am 18. Juni 2023 zusammen mit der Parlamentswahl stattfinden.

ZUR ERINNERUNG

Vor 16 Jahren wurde der armenische Journalist Hrant Dink, ein guter Freund Pinar Seleks, in Istanbul ermordet.

Der Chefredakteur der Zeitung «Agos», Hrant Dink, wurde am 19. Januar 2007 in Istanbul von einem türkischen Nationalisten ermordet. Dink setzte sich für die Anerkennung des Völkermords an den Armenier-inne-n sowie für

die Versöhnung zwischen dem türkischen und dem armenischen Volk ein. Seine Ermordung hat die, aus politisch/rassistischen Motiven verfolgten Kurd-innen in der Türkei, selbst oft Mordopfer, tief betroffen gemacht.

Zum Zeitpunkt seines Todes stand er wegen Verstosses gegen Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches und «Verunglimpfung des Türkentums» vor Gericht.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

gerade eben habe ich die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes gelesen, der mich nicht nur zu einer lebenslänglichen Haftstrafe, sondern auch zu einer unbegrenzten Verfolgung verurteilt. Es ist ein falsches Urteil, das sich auf falsche Argumente und gefälschte Beweise abstützt. Dieser Prozess zieht sich seit 25 Jahren – über die Hälfte meines Lebens – hin. Und ich weiss, dass er einer der Indikatoren jenes Übels ist, das seit sehr langer Zeit in der Türkei verwurzelt ist. Er widerspiegelt sowohl die Fortsetzung des autoritären Regimes in der Türkei, als auch das Zusammenspiel der repressiven Mechanismen. Dieses unrechtmässige Urteil, gegründet auf gefälschten Dokumenten, ist nur ein Teil der Massnahmen, die im Dunkeln vor den Wahlen getroffen werden.

Einige Tage vor der Ermordung der Kurd-inn-en in Paris¹, habe ich Folgendes geschrieben: «Das Jahr 2023 ist absehbar. Anlässlich von Wahlterminen wird es zu neuen Explosionen oder Anschlägen kommen, die von den ‚Unsichtbaren‘ organisiert werden. Die Ermittlungen werden

nie abgeschlossen werden, genauso wie die Verschwörung, der ich zum Opfer gefallen bin.»² Ich habe erklärt, wie die türkische Regierung, die sich in Schwierigkeiten befindet, ihre Gewalt durch eine Strategie des Chaos und der Spannung entfesselt, die wiederum durch die düstere politische Landschaft dieses Landes entsteht. Ich bin ein kleiner Punkt auf der grossen Tafel des Widerstands, der hart bezahlt wird. Bis heute habe ich es geschafft, mich nie zu unterwerfen und der Unterdrückung zu weichen. Um weiterhin zu schaffen, zu erfinden, zu forschen, tief und auf strukturierte Weise nachzudenken, zu handeln und zu leben wie eine freche Ameise.

Ich verspreche es Euch, ich werde nicht aufgeben.
Pinar Selek

1. Am 23. 12. 2022 wurden in Paris vor einem kurdischen Kulturzentrum eine Kurdin und zwei Kurden erschossen und drei weitere Personen verletzt.

2. «Immer derselbe Film», Artikel von Pinar Selek, Archipel, Dezember 2022



UKRAINE/SOZIALES

Neoliberaler Sozialabbau

Wir veröffentlichen hier den 1. Teil* eines Interviews mit Vladislav Starodubtsev. Er ist Historiker mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa sowie Mitglied der linken ukrainischen Organisation Sotsialnyi Ruch (Soziale Bewegung). Im Zentrum des Gesprächs stand der Sozialabbau in der Ukraine seit dem 24. Februar 2022.

Vladislav Starodubtsev: Zu Beginn des Krieges wurde die Ukraine von Politiker:innen regiert, die eine radikale, fundamentalistische Marktideologie vertreten, eine neoliberale Ideologie. Sie nutzten den Krieg, um ihre Pläne umzusetzen und ihre Visionen zu verbreiten. Diese Politik ist nicht das Resultat des Drucks der Oligarchen, sondern sie ist begründet im Glauben dieser Leute, dass die Mechanismen der Marktwirtschaft alle Probleme lösen können. Zu Beginn des Krieges haben sie, gestützt auf diese Logik, die Arbeitnehmerrechte radikal beschnitten, den Kündigungsschutz eingeschränkt und dem Staat seine Rolle als Moderator zwischen Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen entzogen, mit dem Ziel, ein positives Investitionsklima zu fördern, insbesondere auch für ausländisches Kapital. Das ist natürlich absurd in einer Situation, in der jede Investition sehr schnell durch eine Rakete zerstört werden kann. Daher hat es auch nicht funktioniert, aber sie haben an ihrem Kurs festgehalten.

Archipel: Liegt das am Druck des grossen Kapitals?

VS: In den meisten Fällen liegt es nicht an den Oligarchen. Unsere Oligarchen versuchen seit einiger Zeit, sich das Image sozial orien-

tiert, patriotischer und verantwortungsbewusster Geschäftsleute zu geben. Der Druck kommt von neueren Unternehmen, darunter auch grosse ukrainische Unternehmen, die nach der Privatisierung in den 1990er Jahren entstanden sind und diese neoliberale und radikale Lobbyarbeit vorantreiben.

A: Wird diese Lobbyarbeit die Ukraine zu einer Wirtschafts- und Sozialpolitik führen, die der von Pinochet in Chile in den 1970er Jahren ähnelt?

VS: Das Schlimmste ist derzeit nicht die Lobbyarbeit, sondern die Ideologie der regierenden Partei. Manchmal beginnen jedoch Einzelne daran zu zweifeln, wie zum Beispiel Hetmantsev, der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Steuern der Werchowna Rada, des Parlaments. Er sagte im Frühsommer, dass wir, wenn wir die Steuern für Reiche weiter senken, nicht mehr in der Lage sein werden, die Armee und den Staat zu finanzieren. Daraufhin wurde er Opfer einer Pressekampagne, in der er als radikaler Marxist dargestellt wurde. Diese ultraliberale Politik wird also zunächst vom Staat initiiert und dann sorgt der Druck der Wirtschaftseliten dafür, dass dieser nicht mehr von ihr abweicht.

A: Meiner Meinung nach ist die Ukraine weder eine Diktatur im politischen Sinne, noch wird sie von einem monolithischen Kapital regiert. Die Gesetzgebung funktioniert häufig so: Die Regierung und das Parlament verabschieden übereilt Gesetze, dann widersetzt sich die Gesellschaft und die Regierung macht alles wieder rückgängig. Wie sieht es diesbezüglich mit der sozialen Frage aus? Sie betrifft viele Menschen, während ich den Widerstand vor allem in weniger zentralen Bereichen sehe. Ich denke da zum Beispiel an den Kampf von ein paar hundert ukrainischen Filmemacher:innen, die sich für den Schutz der Filmarchive einsetzen.

VS: Die Menschen, die sich gegen die Privatisierung der Filmarchive wehren, gehören in der Regel zur gebildeten Mittelschicht, die auch eine gewisse politische Erfahrung hat. Sie können Englisch, haben Zugang zu den Medien und wissen, wie sie die Öffentlichkeit mobilisieren können. Aber die meisten Menschen, die einfach nur arbeiten, bilden eine riesige unsichtbare Klasse, die nicht weiss, wie sie sich Gehör verschaffen kann. Das hat zur Folge, dass sie in der Politik fast überhaupt nicht vertreten sind. Die grossen Medien berichten nicht über sie, es gibt nichts Sensationelles. Und die Gewerkschaften wiederum haben entweder kein Interesse oder wissen nicht, wie man politische Kampagnen und Aktionen durchführt. Sie sind in der Regel sehr passiv und treffen Entscheidungen auf eine sehr altmodische Art und Weise, sie wissen nicht, wie man moderne Kommunikationstechnologien nutzt. Sehr viele Menschen verbringen den Grossteil ihrer Zeit an der Arbeit und haben danach weder die Kraft noch die Möglichkeit, ihre Unzufriedenheit auszudrücken. Stattdessen wird während des Krieges im Fernsehen und in den grossen Zeitungen über gewissermassen vorselektionierte Menschen berichtet. Alle interessieren

sich für den Krieg, und andere Themen fallen unter den Tisch, wenn sie nicht von Leuten kommen, die ihr eigenes Publikum haben. Also ja, die Intellektuellen, insbesondere die kreativen Intellektuellen, können ihre Forderungen notfalls durchsetzen, aber nicht die Arbeitnehmer:innen.

A: Eines der grössten Probleme ist wahrscheinlich die kolossale Trägheit der Gewerkschaften, die aus der Zeit der Sowjetunion stammen.

VS: In Europa haben sich die Gewerkschaften über ein Jahrhundert lang gebildet und wurden von den grossen Arbeiterparteien unterstützt. Die Sozialdemokrat:innen, Sozialist:innen und Radikalen vertraten ihre Interessen. Alles in Allem war das eine gigantische politische Schule, auch wenn mittlerweile die meisten Gewerkschaften bürokratisiert sind. Aber in der Ukraine gab und gibt es keine Schulung für gewerkschaftliche Aktivitäten, Proteste etc. Die Gewerkschaften wurden nach der Oktoberrevolution 1917 zerstört und erst 1991 wieder gegründet, allerdings in der Verwaltungsstruktur der sowjetischen Pseudo-Gewerkschaften.

A: Kannst du etwas mehr zu den Gesetzen sagen, die neu in Kraft sind – wie unsozial sind sie?

VS: Das ist eine endlose Liste! Aber das Wichtigste, was eingeführt wurde, ist die Praxis der «Null-Stunden-Verträge», bei denen es keine zeitliche Begrenzung der Arbeitszeit gibt: Die Arbeitnehmer:innen können jederzeit, überall und unter allen Bedingungen zur Arbeit herangezogen werden. Gewisse Bedingungen können in individuellen Verträgen zwischen den Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen festgelegt werden. Tarifverträge sind freiwillig. Der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin kann fast alles in Form eines Einzelvertrags vorschreiben, der teilweise der Gerichtsbarkeit des Arbeitsverhältnisses entzogen ist. Es muss nur ein individueller Vertrag zwischen zwei Rechtspersonen abgeschlossen werden. In diesem Vertrag kann fast alles vorgeschrieben werden – Entlassungen sind legal, es sei denn, sie sind diskriminierend.

Diese «Null-Stunden-Verträge» ermöglichen es den Arbeitgeber:innen, die Arbeitnehmer:innen fast jederzeit anzurufen, garantieren aber nicht, dass jemand eine Arbeit bekommt. Wenn es also nicht genug Arbeit gibt, können die Arbeitgebenden weniger als den Mindestlohn bezahlen. Früher mussten sie Dreiviertel des Lohnes bezahlen, auch wenn es keine Arbeit gab. Es gibt auch den Fall der Einberufenen,

die vom Arbeitgeber oder der Arbeitgeberin keinen Lohn mehr erhalten, sobald sie von der Armee einen Sold bekommen. Und viele Unternehmen versuchen, die Wehrdienstleistenden zu entlassen, aber es ist möglich, sich vor Gericht dagegen erfolgreich zu wehren.

Es gab eine einschneidende Reform der Sozialversicherung: Die Sozialversicherungsanstalt wurde mit dem Rentenfonds zusammengelegt. Dabei wurde ihre Finanzierung um fast die Hälfte gekürzt und die Möglichkeit, im Falle eines Arbeitsunfalls oder eines anderen Problems eine Entschädigung zu erhalten, ist seither stark eingeschränkt. Einige Entschädigungen wurden einfach abgeschafft und der Staat hat sich vollständig aus seiner Verantwortung gegenüber Arbeitnehmer:innen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit Schaden erlitten haben, zurückgezogen.

Früher war es möglich, eine Inspektion eines Unternehmens einzuberufen, um festzustellen, ob es alle arbeitsrechtlichen Normen einhält. Seit Kriegsbeginn gibt es ein Moratorium für diese Inspektionen. Darüber hinaus wurde die für die Inspektionen zuständige Abteilung drastisch reduziert, was darauf hindeutet, dass das Moratorium nach dem Krieg höchstwahrscheinlich verlängert wird.

A: Das klingt brutal und beängstigend. Betrachten wir die spezifische Situation in Transkarpatien, wo ich lebe. In dieser Region betrifft das Arbeitsrecht vielleicht, völlig frei geschätzt, 10 Prozent der Bevölkerung. Die Bevölkerung ist sehr mobil und es gibt viele Menschen, die ihr Geld im Ausland verdienen. Sobald es ihnen an einem Ort nicht gefällt, gehen sie woanders hin. Ich verstehe

aber, dass es in anderen Regionen nicht so viele Wahlmöglichkeiten gibt. In der Westukraine werden sehr viele Menschen, jedenfalls nach dem Kriegsende, die schlechteren Bedingungen nicht akzeptieren und Arbeit im Ausland suchen.

VS: Ja, aber es gibt noch andere Faktoren. Wenn man zum Beispiel die Arbeitnehmerrechte schmälert, dann hat das bei der Präsenz von starken Gewerkschaften und bei Vollbeschäftigung kaum Konsequenzen. Wenn es aber nur schwache Gewerkschaften gibt und 13 Personen auf einen einzigen Arbeitsplatz kommen, führt das zu einem starken Machtgefälle, treibt Lohnkürzungen voran, verschlechtert die Arbeitsbedingungen und verringert die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer:innen. Und ja, in diesem Fall werden viele Menschen ins Ausland gehen.

Und auch, wie du richtig sagst, fallen die meisten Menschen überhaupt nicht unter das Arbeitsverhältnis oder befinden sich in einer Grauzone, weil die Unternehmen sie nicht offiziell beschäftigen. Unsere Regierung hat einen schrecklichen Plan, um diese Situation zu bewältigen: Sie hat eine Steuerreform vorgeschlagen, die Steuersenkungen für alle Unternehmen vorsieht, die im Schatten arbeiten. Anstatt seiner Rolle als Kontrolleur und Verteidiger der Bevölkerung gerecht zu werden, riskiert der Staat mit diesen Massnahmen, noch mehr Unternehmen zu motivieren, in die Schattenwirtschaft abzurutschen, da sie mehr Privilegien geniessen als Unternehmen, die transparent arbeiten.

Das Interview wurde von unserem Ukraine-Korrespondenten Jürgen Kräfner geführt.*

* Der 2. Teil wird im nächsten Archipel, im März veröffentlicht



Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org